



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 90 / Juni 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vergangene Plenarwoche in Straßburg war an strittigen Themen kaum zu überbieten. So haben wir uns nicht nur in einer schwierigen Abstimmung den Fragen der Lebensmittelkennzeichnung gewidmet, sondern z.B. auch über die Einrichtung eines europäischen integrierten Schienennetzwerkes gestritten und über die Aufnahme Estlands in die Eurozone debattiert.

Lebensmittel: Besser ohne Ampel!

Nach zwei Jahren harter Arbeit und zähen Verhandlungen stimmte das Europäische Parlament (EP) über die Neuordnung der Lebensmittelkennzeichnung ab. Als Parlamentsberichterstatteerin war es meine Aufgabe gewesen, dem EP erste Verbesserungsvorschläge zum Gesetzesentwurf der EU-Kommission zu machen. Anschließend hatte jede/r Abgeordnete die Möglichkeit, eigene zusätzliche Änderungsanträge zu stellen. Und hiervon wurde weit über 2.000 mal rege Gebrauch gemacht! Die so genannte "Ampelkennzeichnung", Lieblingskind der deutschen Medien, spielte auf der europäischen Ebene aber nur eine Nebenrolle: Noch nicht einmal in ihrem Ursprungsland England, geschweige denn in den weiteren 25 Mitgliedstaaten, ist die Farbkennzeichnung von Lebensmitteln ein Thema. So stimmten denn auch zwei Drittel der Abgeordneten gegen die Idee, den europäischen Verbrauchern dieses völlig willkürliche, hochgradig irreführende Kennzeichnungsmodell mit Warn-

punkten nach Ampelfarben für Lebensmittel aufzuzwingen.

Denn die Ampel schreibt nicht nur wertvolle Grundnahrungsmittel wie Vollkornbrot (roter Salzpunkt) und Olivenöl (roter Fettpunkt) schlecht. Auch die Spannbreite innerhalb der Farbwerte grün, gelb und rot ist viel zu groß. Wo bitteschön liegt der Nutzen für Verbraucher, wenn sowohl Butter als auch Halbfettmargarine einen roten Fett-Warnpunkt bekommen? Da die Ampel eben nur für Fertiggerichte entwickelt wurde, funktioniert sie nicht bei Grundnahrungsmitteln. Unser Auftrag aber war und ist, eine Lebensmittelkennzeichnung festzulegen, die auf alle verpackten Lebensmittel und alkoholfreien Getränke anwendbar ist!

In Deutschland wird die populistische Meinungsmache "pro Ampel" des Unternehmens "Foodwatch", das sich als Verbraucherschutzorganisation ausgibt, erschreckenderweise und völlig ohne Hintergrundrecherche von einigen Medien unterstützt. Ersterem garantiert die Kampagne offenbar ein gutes Einkommen, letzteren erhöht es vielleicht die Auflage bzw. Zuschauerquote! Denjenigen, die die Ampel aus guten Gründen ablehnen, insbesondere mir als Parlamentsberichterstatteerin, wird direkt unterstellt, von der "Lebensmittelindustrie" geschmiert zu sein. Mittlerweile nähert sich diese ungeheuerliche Kampagne, die das gesamte EP diskreditiert, dem Rufmord.

Wohlweislich **verschwiegen** wird Folgendes: **Einzig und allein Sozialdemokraten, Grüne und Linke unterstützen die großen**

Lebensmittelkonzerne! Die rot-rot-grüne Seite des EP hat nämlich eine verpflichtende Einführung der Kennzeichnung nach dem irreführenden "GDA-Modell" durchgesetzt, das von der Lebensmittelindustrie entwickelt wurde!

Ich habe mich von Anfang an immer **gegen** diese Form der Lebensmittelkennzeichnung ausgesprochen: Mit einem völlig unverständlichen Zahlen- und Prozentwirrwarr, der den Gehalt an einigen Nährstoffen auf Miniportionen und den Tagesbedarf einer 40jährigen Frau bezieht, wird dem Verbraucher eine Information vorgegaukelt, die in Wahrheit aber eine gezielte Desinformation und ist!

Trotz aller ideologischer Grabenkämpfe konnte aber ein insgesamt gutes Ergebnis im Sinne der Verbraucher erzielt werden: Künftig werden Nährwertangaben zur Pflicht. Auf der Vorderseite der Verpackungen wird der Gehalt an Kilokalorien (nicht mehr Joule!) pro 100 g bzw. 100 ml zu finden sein. So kann man schon im Laden auf einen Blick das schlankste Joghurt erkennen - unabhängig von der Bechergröße. Die unverständlichen Kilojoule werden durch Kilokalorien ersetzt. Durch Vorschriften für Schriftgröße und -art, den Kontrast zwischen Schrift und Hintergrund etc. werden Angaben auf Lebensmitteln endlich lesbar sein. Verbrauchertäuschungen durch irreführende Aufmachungen von Verpackungen werden verboten, und Lebensmittelimitate müssen auf der Verpackungsvorderseite eindeutig als solche gekennzeichnet sein!

Euro für Estland

Durch eine bemerkenswerte Haushaltsdisziplin ist es Estland nun gelungen, alle Kriterien zur Einführung des Euro zu erfüllen. Gerade wegen ihrer guten Haushaltsführung mit einer strikten Einhaltung der Defizitgrenzen können die Esten derzeit sogar Vorbildfunktion für den einen oder anderen EU-Staat übernehmen. Die Aufnahme in die Eurozone ist also der gerechte Lohn für die in den letzten Jahren geleistete, harte Arbeit. Gleichzeitig kann die Aufnahme Estlands dabei helfen, das Vertrauen der Märkte und

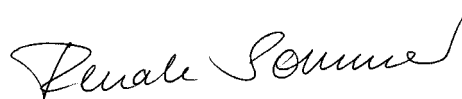
Investoren in den Euro wieder herzustellen. Nichtsdestotrotz dürfen wir die Lehren aus der Griechenlandkrise nicht unbeachtet lassen. Wir Christdemokraten fordern daher, dass die statistischen Daten Estlands zur Lage des nationalen Haushalts nochmals durch die europäische Statistikbehörde EuroStat geprüft werden.

Chaos im Nahverkehr verhindern!

In zweiter Lesung stimmten wir über die Einrichtung eines "integrierten europäischen Schienennetzes" ab. Ursprünglich sollten nur generell bessere Voraussetzungen für die Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene geschaffen werden, um die Straßen zu entlasten. Nun aber, gegen die Stimmen der CDU/CSU, beinhaltet der Vorschlag neben "Güterverkehrskorridoren" auch die zweifelhafte Einrichtung einer zentralen Vergabestelle für Streckenabschnitte. Dies führt nicht nur zu einer unnötigen Zersplitterung von Kompetenzen, denn eine europäische Koordinierung gibt es bereits. Es führt im Zweifelsfall auch dazu, dass dem Güterverkehr grundsätzlich und zwangsweise Vorrang vor der Personenbeförderung eingeräumt wird. Das aber wäre eine Katastrophe insbesondere für das dicht besiedelte Nordrhein-Westfalen mit dem Ballungsraum Ruhrgebiet, in dem einfach kein Platz für zusätzliche reine Güterverkehrs-Schienenwege ist: Das Chaos im umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr wäre vorprogrammiert. Man darf gespannt sein, ob und wie die künftige rot-rot-grüne Landesregierung dieses Problem löst!

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de